

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt v. a. a.
Grenzstr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1534
Stroßstraße Nr. 22.

Nr. 105.

Dienstag, 6. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat April 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Seite (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklameseite 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Fußnoten, feste Tarife, Bemerkungen Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigengebühren sind im Anhang zu den Bedingungen angegeben. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das Bild des neuen Reichstages.

465 Abgeordnete gewählt. — Bürgerliche Parteien 305, Linksparteien 160 Sitze.

Der Sinn der Neuwahlen.

Das Ergebnis der Wahlen vom 4. Mai steht bereits soweit fest, daß die großen Linien nicht mehr verwischt werden können, wenn auch die Mandatsverteilung im Einzelnen sich noch etwas verschieben werden.

Was erwartet man? Dreierlei: eine Stärkung der betont nationalen Parteien als Antwort auf Voicars's Schinderpolitik, einen Rück nach rechts als Reaktion auf die nachrevolutionäre Herrschaft der Sozialisten und ein Anwachsen der antiparlamentarischen Parteien als Folge der Abstimmung über die Parlamentsreform. Sind nun diese Wirkungen eingetreten? Ja, in vollem Umfang, wenn schon nicht alle so stark, wie dieser und jener prophezeit hatte. Herr Voicars erhält als Quittung für seine Gewaltakte die Feststellung, daß Völkische und Deutsch-nationale zusammen von 70 auf mehr als 120 Mandate emporsteigen. Diese Antwort ist wohlverdient und wird dem Ansehen des deutschen Namens in der Welt nur nützlich sein. Man wird und soll erkennen, daß unser Volk gewillt ist, der Tyrannei zu widerstehen, wenn es sein muß, eine Grenze zu setzen. Eine falsche Auslegung des Wahlergebnisses aber würde es sein, wenn man annähme, daß damit auch schon eine bestimmte Stellungnahme zu dem Gutachten der Sachverständigen in der Reparationsfrage gegeben sei. Wenn die Deutschnationalen in die Regierung eintreten, werden sie zweifellos auch den Erfordernissen der praktischen Politik, soweit Rechnung tragen, daß sie nicht jede Verhandlungsmöglichkeit von vornherein ausschließen. Es kommt hier ja fast alles auf die Bedingungen an, die im Einzelnen noch zu beraten sein werden.

Der Rück von der Sozialdemokratie weg ist nicht minder deutlich. Was zunächst die USPD selbst anbetrifft, so hat sie nahezu die Hälfte ihrer Reichstagsmandate eingebüßt und kommt auch zusammen mit den Kommunisten noch lange nicht auf die alte Zahl. Schlimmer fast ist noch für sie, daß die scharfen Gegensätze in der Fraktion, die mit dem Wiedereintritt der Unabhängigen hineinkamen, noch weiter zugenommen haben. Die Belastung damit ist um so peinigender, als offenbar ein großer Teil der radikalen Wähler zu den Kommunisten abgewandert ist, während die radikalen Führer der Fraktion erhalten bleiben. Solange dieser Zustand fortbesteht, bleibt die Fraktion der Sozialdemokraten offenbar für eine positive Politik in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien unbrauchbar.

Aber auch alle die Parteien, die an der „Großen Koalition“ teilgenommen haben, sind von den Wählern dafür bestraft worden. Die geringsten Verluste dürfte, wie immer, das Zentrum zu verzeichnen haben, das jedoch auch schon starke Widerstände in den eigenen Reihen wegen der Koalitionspolitik zu bekämpfen hatte und deshalb nicht mehr als die Partei anzusprechen ist, die sich jede Politik leisten kann. In gleicher Weise auf etwa zwei Drittel des bisherigen Mandatsbestandes scheinen die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zurückgegangen zu sein. Mühen auch alle Parteien, die in so furorartig schweren Zeiten die Verantwortung des Regierens auf sich nehmen, mit Verlusten rechnen, so ist doch die Lehre für jene Heiden besonders hart. Sie werden sich selber den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie zu spät den Umsturz in der Stimmung der Wählerschaft erkannt und zu lange verweilt haben, ihr Widerstand zu leisten.

Schließlich das Anwachsen der ausgebrochen antiparlamentarischen Parteien: der deutsch-völkischen und der Kommunisten. — Es ist nicht ganz so bedrohlich ausgefallen, wie mancher angenommen hatte. Die Zahl von zusammen 100 wird nicht erreicht. Das liegt freilich nur daran, daß man nach den Wahlen in Thüringen, Westfalen und Bayern die Werbeträger der Völkischen doch überschätzt hatte. Die Verhältnisse, die in den vom Linksradikalismus besonders heimgesuchten Reichsteilen zu einer ungewöhnlichen Stärkung des Rechtsradikalismus geführt haben, bestanden anderswo nicht; auch dürfte die Verweigerung jeder Mitarbeit in den neuen Landesregierungen den Völkischen vielfach geschadet haben. Dagegen haben die kommunistischen Wählerfolge die Erwartungen übertroffen. Für diese Partei, die im neuen Reichstage bereits zu den großen gehören wird, dürfte sich freilich nun bald die Schwierigkeit ergeben, daß die Wählerschaft von einer so starken Vertretung mehr erwartet als Harn und Obstruktion — nämlich positive Leistungen.

Gegen Ende Mai, frühestens am 20., wahrscheinlich aber erst in der Woche darauf, wird nun der neue Reichstag zusammentreten. Welche politische Richtung wird er einschlagen, was für eine Regierung wird er gebären? In den Kreisen der bisherigen Reichsregierung vertritt man recht energisch die Auffassung, daß die Zeit zur Wiederherstellung der großen Koalition gekommen sei. Nein, rechenerisch mag die Möglichkeit gegeben werden, wenn man annimmt, daß die Parteien, die früher die große Koalition gebildet haben, jetzt wieder dazu bereit sein werden. Das ist aber nach dem Obengesagten unseres Erachtens durchaus unwahrscheinlich. Und es würde auch dem Sinn dieser Neuwahl, wie wir ihn zu skizzieren versucht haben, ungewissheit widersprechen. Zahlenmäßig würde aber auch eine Mehrheit aus den bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, eine wesentlich stärkere Koalition sein, als die sogenannte große; ja selbst ohne die Demokraten könnte sich eine kleine Mehrheit herausstellen. Dabei ist jedoch anzunehmen, daß zum mindesten der rechte

Flügel der Demokraten durchaus bereit sein würde, an einer Regierung zusammen mit den Deutschnationalen teilzunehmen. Sollten sich auch hier Schwierigkeiten ergeben, so bliebe als dritte Möglichkeit noch die, daß nach dem bisherigen Muster eine Regierung der Mittelparteien käme, die auf die Unterstützung der anschließenden Parteien zu rechnen hätte. Das aber wäre dann zweifellos nur ein Provisorium, das unter der zu erwartenden Belastung der nächsten Monate zusammenbrechen müßte. Mancher hat ja von vornherein prophezeit, daß dieser Reichstag arbeitsunfähig sein werde und daß wir im Herbst wieder vor Neuwahlen stehen würden. Vermeidbar scheint uns eine solche höchst unerwünschte Entwicklung nur dann zu sein, wenn dem Sinne der Wahlen vom 4. Mai dadurch Rechnung getragen wird, daß eine bürgerliche Regierung mit Einfluß der Deutschnationalen, die unbedingt jetzt zur positiven Arbeit herangezogen werden müssen, gebildet wird.

Die Mandate des künftigen Reichstages.

Berlin. Nach dem nunmehr vorliegenden Gesamtergebnis der Reichstagswahl sind in den 35 Wahlkreisen insgesamt 465 Abgeordnete gegenüber 459 des alten Reichstags gewählt worden. Nach den Festlegungen entfallen auf die einzelnen Parteien folgende Mandate:

- Sozialdemokraten 99 (bei der Reichstagsauflösung 171).
- Deutschnationalen 99 (65).
- Zentrum 62 (68).
- Kommunisten 61 (16).
- Deutsche Volkspartei 45 (66).
- Deutschvölkische 32 (3).
- Demokraten 24 (39).
- Bayerische Volkspartei 15 (20).
- Wirtschaftspartei 6 (—).
- Bauern- und Weinbauernbund und heilische Bauernpartei 6 (—).
- Deutschnovemberaner 5 (2).
- Bayerischer Bauernbund 4 (4).
- Thüringischer Landbund 3 (—).
- Deutschnationale 4 (—).

Berlin. Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis sind insgesamt 465 Abgeordnete gewählt. Die Mandate der USPD verteilen sich auf 70 Mandate nach den Wahlkreisergebnissen, 12 zusätzliche Mandate durch die Wahlkreisverbände und acht Sitze auf Grund der Reichsliste. Die entsprechenden Sitze für die übrigen Parteien sind: Zentrum 49, 4, 9, Deutsche Volkspartei 30, 8, 7, Deutschnationalen Volkspartei 82, 5, 12, Demokraten 7, 10, 7, Bayerische Volkspartei 14, 0, 1, Kommunisten 41, 10, 10, Mittelbayerischer und Bayerischer Bauernbund 3, 2, 5, Deutsch-novemberaner 4, 0, 1, Völkische Freiheitspartei 12, 10, 10, Landbund 7, 1, 1, Deutschnationale 0, 2, 2.

Sachsens Vertreter im neuen Reichstag.

19 bürgerliche, 19 linksradikale Abgeordnete.

Gewählt wurden:	
Deutschnationalen	8
Deutsche Volksp.	5
Demokraten	3
Völkische	2
Wirtschaftspartei	1
19	
Sozialdemokraten	13
Kommunisten	6
19	

Wahlkreis 28: Dresden.

6 Sozialdemokraten: Minister Fleißner, Redakteurin Toni Bender, Amtshauptmann Richard Schmidt, Textilvertreter Krähig, Amtshauptmann Schirmer, Verstin Dr. Spätmann.
4 Deutschnationalen: Syndikus Dr. Reichert, Bauern-gutsbesitzer Domisch, Gewerkschaftssekretär Hartmann, Bau-meister Paul.
1 Demokrat: Bürgermeister Dr. Rühl.
1 Kommunist: Angestellter Radel.
2 Deutsche Volkspartei: Staatsminister a. D. Dr. Feinze, Syndikus Dr. Schmelzer.

Wahlkreis 29: Leipzig.

3 Sozialdemokraten: Redakteur Seger, Staatsminister a. D. Lipinski, Redakteur Saube.
2 Deutschnationalen: Dr. Albrecht Philipp, Universitäts-professor Dr. Höplich.
2 Kommunisten: Metallarbeiter Ströbel, Maler Nagel.
1 Demokrat: Professor Dr. Göh.
2 Deutsche Volkspartei: Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich, Gewerkschaftsvorsitzender Tziel.
1 Völkisch-Sozialer: Ingenieur Freisch.

Wahlkreis 30: Chemnitz.

4 Sozialdemokraten: Schriftsteller Ströbel, Haupt-schriftleiter Sanderow, Amtshauptmann Kubitz, Rechts-anwalt Dr. Lewi.

- 1 Demokrat: Richter Alfred Rodauf;
 - 3 Kommunisten: Redakteur Decker, Sekretär Grube, Bauarbeiter Holzer;
 - 1 Deutsche Volkspartei: Konteradmiral Behlmannhaus;
 - 2 Deutschnationalen: Obermeister Wiener, Amtsgerichts-rat Dr. Barth;
 - 1 Völkisch-Sozialer: Diplom-Ingenieur Feder;
 - 1 Wirtschaftspartei: Oberpostdirektor Lude.
- Hierbei sind die Bestimmungen für die Reichstagsvor-schlüsse noch unberücksichtigt geblieben.

Wesentliche Verschiebungen in München.

München. Die Münchener Reichstagswahl brachte gegenüber den Landtagswahlen wesentliche Verschiebungen in den abgegebenen Stimmen. Die Bayerische Volkspartei erzielte nahezu das gleiche Resultat, während der Völkische Block über 23000 Stimmen verlor, die nahezu alle für die Deutschnationalen mit Tirpich als Spitzenkandidat abgegeben wurden. Tirpich dürfte gemäßigt sein. Auch die Sozialdemokraten und die Kommunisten verloren mehrere tausend Stimmen. Die übrigen Parteien erzielten meist nur geringe Resultate.

Die Bildung der neuen Regierung.

Berlin, 6. Mai. Die der gegenwärtigen Reichs-regierung nahestehenden Kreise sind zur Zeit bemüht, die Frage einer Wiederherstellung der großen Koalition von neuem aufzuwerfen. Mit Rücksicht auf die Beladung der Sachverständigenvorstände, die durch eine Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung eintreten könnte, will man zur Zeit keinerlei Verbindungen gegenüber den Deutschnationalen in der Außenpolitik eingehen. Erst wenn die Deutschnationalen sich für die Regierungspolitik im Sinne einer schleunigsten Lösung der Reparationsfrage auf Grund des Sachverständigenberichts aussprechen, will man dem bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen „Jug nach rechts“ nachkommen. Trotz der großen Schwierigkeiten, die einer Wiederherstellung der großen Koalition im Wege stehen, halten die Regierungskreise es für gangbar, diese Lösung nochmals versuchen zu wollen. Wie der „Berliner Presse-Dienst“ hierzu von maßgebender Seite erklärt, sind in diesem Sinne bereits vorläufige Verhandlungen innerhalb des Zentrums und der Deutschen Volkspartei im Gange. Die größten Hindernisse liegen indes bei der Deutschen Volkspartei, da diese Partei zunächst sehr wenig Neigung zeigt, nochmals mit der Sozialdemokratie zusammen zu regieren. Man würde die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung unbedingt der großen Koalition vorziehen. Auf der anderen Seite werden die Deutsch-nationalen ihre Ansprüche auf die Beteiligung an der Regierung mit größtem Nachdruck geltend machen. Was das Zentrum anbetrifft, so würde es der Wiederherstellung der großen Koalition keine grundsätzlichen Schwierigkeiten in den Weg legen, wenn die Sozialdemokraten die Gewähr dafür geben, daß sie alle antiparlamentarischen Streitfragen in den Hintergrund treten lassen und sich nur auf den inneren Wiederaufbau Deutschlands einstellen. Die sozialistischen Führerkreise haben bisher jede Neuerung über ihre Taktik abgelehnt, immerhin ist vorauszusetzen, daß der linke Flügel der Sozialdemokraten sehr lebhaft gegen die große Koalition ankämpft wird.

Die Taktik der Deutschnationalen.

Berlin, 6. Mai. In den deutschnationalen Kreisen herrscht über die erzielten Wahlerfolge, die zum Teil über alle Erwartungen hinausgehen, große Befriedigung. Man ist der Auffassung, daß alle Bemühungen der Gegenseite eine hervorragende Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung verhindern zu wollen, zum Scheitern verurteilt sind. Die deutschnationalen Führer, die sich in den nächsten Tagen in Berlin versammeln werden, sind entschlossen, sich die Initiative zur Errichtung einer Reichs-regierung unter keinen Umständen aus der Hand nehmen zu lassen. Jeden Versuch, den durch die Wahlen gegebenen Konsequenzen auszuweichen, würden die Deutschnationalen mit den schärfsten Protesteklärungen beantworten. Eine Regierung, die nicht den bei der Reichstagswahl zum Ausdruck gekommenen Forderungen des Volkes auf nationale Erneuerung entspricht, würde sofort bei Zusammentritt des neuen Reichstages als einem deutschnationalen Mißtrauens-votum gegenüber gestellt werden.

Die Landtagswahlen in der Pfalz.

München. Das amtliche vorläufige Ergebnis über die Landtagswahlen in der Pfalz steht fest. Es erzielten die Sozialdemokraten 80 720, der Deutsche Block 20 988, Kommunisten 12 641, Nationale Rechte 80 589, Kratohel 3536, Bäuer-Bund 0, Bayerische Volkspartei 61 101, Zentrum 31 690, Völkischer Block 15 683, zusammen 336 918 Stimmen. Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sos. 3, Romat. 1, Zentr. 1, Bayer. Vp. 2 und Nat. Rechte 3 Sitze für den bayerischen Landtag. Es bleiben dann in der Pfalz 1 und in ganz Bayern 25 Sitze zur Verteilung.